

Bei den vielen Veranstaltungen zum Gedenken der Reformation habe sich kein „falscher Ton in den vielstimmigen Chor“ gemischt, „der die ökumenische Gemeinschaft mit den katholischen Christen hätte in Zweifel ziehen können“. Gleichzeitig verteidigte er seinen Brief an Johannes Paul II. zum Abschluß des Jubiläums (vgl. HK, März 1984, 101) gegen teilweise lautgewordene Kritik aus den eigenen Reihen, wo man Lohse unter anderem vorgehalten hatte, er könne als Ratsvorsitzender nicht im Namen der evangelischen Christen in der Bundesrepublik sprechen.

Ausführlich ging Lohse auf die in letzter Zeit ausgetragenen Auseinandersetzungen ein, die sich an dem Nebeneinander von *Einheitsübersetzung* der Bibel und revidiertem *Luthertext* entzündet haben. Es wäre, so der Ratsvorsitzende, ein bedauerliches Mißverständnis, wenn auf katholischer Seite jemals die Vorstellung entstanden wäre, die evangelische Kirche könne auf die Lutherbibel zugunsten der Einheitsübersetzung verzichten. „Das unvergleichliche Erbe Martin Luthers bleibt vielmehr für unsere Kirche die maßgebliche deutsche Bibel, die sowohl im Gottesdienst wie auch im Leben des einzelnen Christen den geläufigen biblischen Text darbietet.“ Die Einheitsübersetzung solle vor allem bei ökumenischen Gottesdiensten verwendet werden.

### Wieder ökumenischer Alltag

Nach dem besonderen Höhe- und Kristallisationspunkt des Lutherjubiläums ist, das zeigt sich beim Blick auf die beiden Synoden, im evangelisch-katholischen Verhältnis in der Bundesrepublik der *Alltag* zurückgekehrt. Zu ihm gehört die Weiterarbeit der offiziellen Kontakt- und Gesprächsinstitutionen zwischen den beiden Kirchen ebenso wie die immer wieder auftretenden Klimaschwankungen im konfessionellen Zusammenleben. Im übrigen haben ja beide Kirchen auch genügend mit sich selber zu tun.

So war es kein Zufall, daß sowohl bei der VELKD-Generalsynode in Hildesheim wie bei der EKD-Synode in

Travemünde von der Zukunft der evangelischen Kirche als *Volkskirche* die Rede war. Der Leitende Bischof der VELKD, *Karlheinz Stoll* (Schleswig), stellte einen Passus seines Berichts unter die programmatische Überschrift: „Der Weg der Volkskirche ist nicht zu Ende.“ Allerdings zählte er unter dieser Devise vor allem Krisenerscheinungen auf: Die Indizien mehrten sich, daß man die Institutionalität der Kirche als überflüssig erachte; mit der Plausibilität der Kirchenmitgliedschaft stehe die Öffentlichkeit des Gottesglaubens im Zweifel. Der Glaube, so Bischof Stoll, verliere seinen Sitz im Leben: „Wer ist überzeugt von der Unentbehrlichkeit des Gottesdienstes? Oder wer besitzt die Sorglosigkeit zu denken, er werde in dem reichen Angebot um ihn herum nichts versäumen, wenn er statt anderer Dinge ausgiebig der Lektüre und dem Studium der Bibel anhängt?“

Landesbischof Lohse ließ vor den EKD-Synodalen ausführlich die wichtigsten Ergebnisse der unlängst vorge-

legten *Untersuchung zur Entwicklung der Kirchenmitgliedschaft* Revue passieren (vgl. HK, Oktober 1984, 448–450). Man werde, so Lohses Schluß, anerkennen müssen, daß es neben der engagierten Zugehörigkeit zur Kirche auch eine Kirchenmitgliedschaft gebe und weiterhin geben werde, die in einiger Distanz zum regelmäßigen Leben der Gemeinde bestehe. Die Frage, wie man diesen vielen Menschen gegenüber treten solle, werde künftig größere Aufmerksamkeit auf allen Ebenen kirchlichen Handelns erfordern.

Vielleicht wäre es ein wichtiger Baustein für das künftige Verhältnis von evangelischer und katholischer Kirche hierzulande, wenn sie bei den Versuchen und Ansätzen, Menschen an die Kirche zu binden, die Gemeinden zu verlebendigen und sich um eine neue Verbindung von Glaube und Leben zu bemühen, ihre Erfahrungen austauschen und dabei gerade wegen der unterschiedlichen Ausgangssituation voneinander lernen könnten. M. Z.

## Zwanzig Jahre „Pro Oriente“

Festlich und im Sinne seiner Zielsetzung wahrhaft ökumenisch – was die geladenen Gäste betrifft – beging Anfang November der Stiftungsfonds „Pro Oriente“ das 20-Jahr-Jubiläum seiner Begründung. Am 4. November 1964 – wenige Tage vor Verabschiedung des Ökumenismus-Dekrets des Zweiten Vatikanischen Konzils am 21. November 1964 – hatte Wiens Erzbischof, Kardinal *Franz König*, „Pro Oriente“ mit der Zielsetzung ins Leben gerufen, die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und den orthodoxen und altorientalischen Kirchen des Ostens zu fördern (vgl. auch HK, Januar 1983, 43–45).

Die Begegnungen im Rahmen von „Pro Oriente“, vor allem mit den sogenannten nichtchalcedonensischen Kirchen – sie haben sich nach dem Konzil von Chalcedon 451 n. Chr. von der rö-

mischen Kirche getrennt und umfassen die Kopten, Syrer, Armenier, Äthiopier, Syro-Inder –, haben über dort eingeleitete inoffizielle Schritte in Form von wissenschaftlichen Kongressen, Theologengesprächen oder Delegationsbesuchen zur Aufnahme des offiziellen Dialoges zwischen Rom und dem koptischen, dem syrisch-orthodoxen Patriarchat und der äthiopischen Kirche geführt. Kontakte zur rumänischen Orthodoxie wurden von Wien aus initiiert und der theologische Dialog Roms mit den orthodoxen Kirchen insgesamt mitgefördert, das wegen seiner räumlichen Nähe, seiner politischen Lage, aber auch seiner historischen Entwicklung – auf der Flucht vor den Türken hatten sich zahlreiche Ostchristen in Wien niedergelassen – besonders günstige Voraussetzungen bietet.

## Kardinal Willebrands: mehr erreicht als erträumt

Der Präsident des Sekretariates für die Einheit der Christen, Kardinal *Johannes Willebrands*, hielt den zentralen Vortrag der Wiener Festveranstaltung. Er sprach zum Thema „Wie kann eine Ortskirche zur Annäherung zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche beitragen?“. Grundlage einer jeden ökumenischen Annäherung ist nach Willebrands der „Dialog der Liebe“, der als Kern jedes theologischen Dialogs, unabhängig von gefühlsmäßig-psychologischen Voraussetzungen sein müsse. Neben den herausragenden Schritten aufeinander zu auf höchster Ebene – Willebrands nannte als Beispiel die Begegnung Papst Pauls VI. mit Patriarch Athenagoras 1964 in Jerusalem – sei schon wegen der Verschiedenheit der lokalen Verhältnisse der Einsatz der Ortskirchen unverzichtbar. Allein die Ortskirchen könnten die einzelnen ökumenischen Schritte, den örtlichen Bedürfnissen angepaßt, verwirklichen. Dafür hätten sie auch die nötige Legitimation, denn sie seien sakramentale Gegenwart der einen Kirche am Ort und nicht bloß „Teilkirche“. Die universale Kirche realisiere sich in ihnen. Der Kardinal unterstrich jedoch zugleich die normative Rolle Roms als Maßstab für die Einheit der Ortskirchen untereinander, die sich notwendigerweise vom Ursprung Roms als Gründung der Apostel ableite. Ökumene am Ort als originären Vorgang wollte Willebrands aber keineswegs nur als Anwendung weltweiter Initiativen auf begrenztem Raum verstanden wissen. Gleichwohl gab er – als Kompliment an „Pro Oriente“ – den Hinweis, der ständige Gedankenaustausch mit der Hierarchie und die enge Zusammenarbeit mit dem Einheitssekretariat – wie sie „Pro Oriente“ pflege – helfe Gefährdungen des Glaubens in der Annäherung zwischen den Kirchen verhindern.

In einem Pressegespräch zum Stand der Ökumene insgesamt spannte der Präsident des Einheitssekretariates den Bogen zurück zur Zeit von vor zwanzig Jahren und der damals noch herrschenden Atmosphäre der Bezie-

hungslosigkeit, des Mißtrauens, ja sogar der Feindschaft und sprach anerkennend von der heute „auch bei den Gläubigen veränderten Haltung der Brüderlichkeit“. Willebrands wörtlich: „Es ist mehr geschehen, als ich hätte denken oder erträumen können“ und: Die volle Wiederherstellung der Gemeinschaft im Glauben und im sakramentalen Leben sei zwar noch nicht erfolgt, „doch anzunehmen, daß das in nur zwanzig Jahren geschehen könne, wäre unrealistisch“. Erstrebtes *Endziel des Dialogs* mit den anderen christlichen Kirchen bleibe die Einheit im Glauben und damit verbunden im sakramentalen kirchlichen Leben. Der Zeitraum freilich liege in Gottes Hand, denn „die volle Wiederherstellung der Einheit aller Christen ist nicht nur menschliches Werk, sondern auch eine Gabe Gottes“.

Der für die Vorbereitung der Panorthodoxen Konferenz zuständige Metropolit *Damaskinos Papandreou* (Genf) nannte gegenüber Journalisten als gemeinsame Basis der katholischen Kirche und der orthodoxen Kirchen die gegenseitige Anerkennung der episkopalen Struktur. Dies bedeute: der Osten dürfe nicht auf die entfaltete Primatsstruktur des Westens verpflichtet werden, während gleichzeitig die Beibehaltung der episkopalen Struktur in der westlichen Kirche trotz päpstlichen Primats vom Osten anerkannt werden müsse. *Damaskinos'* Forderung: Jurisdiktionsprimat und päpstliche Unfehlbarkeit müßten Schwerpunkte des Dialogs auf dem Weg zur Einheit mit den Orthodoxen werden.

## Kardinal König schlägt ein orthodoxes „Pro Oriente“ vor

Am Beispiel des theologischen Dialogs mit der Anglikanischen Gemeinschaft skizzierte Kardinal Willebrands in der gleichen Pressekonferenz den Weg gemeinsam erarbeiteter Dokumente, die der Diskussion und Prüfung durch nationale Bischofskonferenzen und theologische Fakultäten unterzogen würden. An Hand dieser Stellungnahmen werde dann unter Einbeziehung der römischen Glaubenskongregation

die weitere Vorgehensweise, das Erarbeitete in die Praxis umzusetzen, überlegt.

Auch Kardinal *König* nahm als Gastgeber des „Pro-Oriente“-Jubiläums Stellung zu den aktuellen Ökumenismus-Bemühungen. Er meinte, man sei sich im Stiftungsfonds der Größe der Aufgabe wohl bewußt gewesen und habe daher keinen Anlaß, die sich vielfach ausbreitende Resignation zu teilen, es gebe keine wirklichen Schritte voran, die Ökumene sei praktisch zum Stillstand gekommen. Wiens Erzbischof hob in seiner Rede die wichtige Rolle der Laien gerade in der Vorbereitung offizieller Gespräche der Kirchenführer in persönlicher Begegnung und im Gespräch bei offiziellen Delegationsreisen und wissenschaftlichen Tagungen hervor. Gerade sie würden jene Vertrauensbasis schaffen, von der aus gesellschaftliche und geschichtliche Ressentiments abgebaut werden können. Erste Voraussetzung sei allerdings *das Einverständnis beider Seiten* zum Dialog. Kardinal König forderte zur verstärkten Information durch Veröffentlichungen (auch in Griechisch, Arabisch und in slawischen Sprachen) auf und zu intensiverem Austausch von Wissenschaftlern und Studenten zwischen den westlichen und östlichen Fakultäten. Er befürwortete auch einen intensiveren Erfahrungsaustausch über pastoraltheologische Inhalte und Methoden und regte die Gründung einer dem Fonds „Pro Oriente“ analogen Institution auf orthodoxer Seite an, deren nicht offizielle Ebene für die Kirchenleitungen keinerlei Präjudizierung mit sich brächte.

Alle Übereinkünfte von Theologen und Kirchenleitungen würden aber fruchtlos bleiben, wenn sie nicht *die Gläubigen* zu ihrem Anliegen machten – ein gerade im Blick auf das Verhältnis zu den Ostkirchen wichtiger und realistischer Hinweis. Christliche Einheit müßte als Orientierungspunkt immer wieder von unten angemahnt werden; eine geistlich fundierte Bewegung müsse immer an der Basis entstehen und auch die Umsetzung tragen. Das Drängen der Gläubigen würde von den Bischöfen, aber auch von den

römischen Stellen als Verpflichtung zum Vorwärtsschreiten verstanden.

### Legitimation durch indirekte Wirkungen

Für den Stiftungsfonds verwies dessen Präsident, *Theodor Piffel-Perčević*, in einem Pressegespräch auf die Bedeutung der im Mai dieses Jahres durchgeführten „Pilgerfahrt“ einer „Pro Oriente“-Delegation nach Griechenland, unter anderem mit Besuchen bei Erzbischof *Seraphim* von Athen und ganz Griechenland, auf Athos und mit Vorträgen von Kardinal König an den Universitäten von Athen und Saloniki. Piffel-Perčević wies auch auf die im Juni dieses Jahres vom Patriarch von Antiochien und Oberhaupt der syrisch-orthodoxen Kirche, *Mar Ignatius Zakka I. Iwas*, und Papst *Johannes Paul II.* verabschiedete gemeinsame christologische Erklärung hin, an deren Vorgeschichte „Pro Oriente“ nicht ganz unbeteiligt war. Sie ermöglicht

die gegenseitige Spendung der Sakramente der Buße, der Eucharistie und der Krankensalbung in Fällen, in denen es Gläubigen unmöglich ist, Zugang zu einem Priester ihrer eigenen Kirche zu finden. Für die in westeuropäischen Ländern in einer Diasporasituation lebenden Syrisch-Orthodoxen bedeutet dies eine echte Erleichterung.

Ein wichtiges Element gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens könnten auch, so Piffel-Perčević, kulturelle Aktivitäten bilden. So ermögliche die derzeit in Wien auf Initiative von „Pro Oriente“, in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen Jugoslawiens zustande gekommene Ausstellung „Kunst des Mittelalters in den Klöstern der serbisch-orthodoxen Kirchen auf dem Gebiete Jugoslawiens“ wesentliche Einblicke in Religiosität und Frömmigkeit der Serbisch-Orthodoxen.

Als *indirekte Auswirkungen* der Bemühungen des Stiftungsfonds bezeich-

nete Präsident Piffel-Perčević das Zustandekommen von Kontakten zwischen Orthodoxen Kirchen und Katholisch-Unierten in den Oststaaten, da diese selbstverständlich auch in die Besuchstätigkeit des Stiftungsfonds einbezogen würden und von beiden Kirchen solche intensiveren Kontakte gewünscht würden. Desgleichen kämen auch immer wieder Zusammenreffen von „Pro Oriente“-Delegationen mit den staatlichen Stellen der betreffenden Länder, also mit staatlichen Kirchen-Beauftragten in den Oststaaten, zustande, wobei sich solche Zusammenreffen manchmal auch für die örtlichen Kirchen nicht ungünstig auswirkten.

Für die außenstehenden Betrachter oft nur unmerklich erscheinende Schritte haben in den letzten zwanzig Jahren eine bemerkenswerte Grundlage des Vertrauens geschaffen, von der aus „Pro Oriente“ auch in Zukunft seine Bemühungen um die getrennten Christen im Osten fortsetzen kann. *L. R.*

## Johannes Paul II. und der italienische Episkopat

### Übereinstimmungen, Gegensätze, Spannungen

Als im Oktober 1978 Karol Wojtyła zum Papst gewählt wurde, galt dies gleich als Neuheit von großer Bedeutung. Vor allem für die Kirche Italiens. Ein „ausländischer“ Papst würde diese zu größerer Eigenständigkeit verpflichten. Dies schien sich um so rascher zu bewahrheiten, als *Johannes Paul II.* in der Ausübung seines Petrusdienstes wenig nach vorgefertigten Modellen vorging. Er bezeichnete sich als „slawischer Papst“, was nicht nur mit seiner nationalen Herkunft zu tun hatte. Er wollte damit sagen, daß er sich als ein in besonderer Weise „universal“ Papst begreift, aber als einen, der geistlich und kulturell in einer Tradition der Frontmentalität, eben der polnischen und slawischen, verwurzelt ist (vgl. die Ansprache Johannes Pauls II. vom 3. Juni 1979 auf dem Siegesplatz in Warschau).

Der neue Papst war „Nichtitaliener“ und „Nichtsäkularist“, weil kaum von westlicher Säkularisierung geprägt. Seine seelsorgliche Erfahrung war im Gegenteil Ausdruck erfolgreicher Selbstbehauptung gegenüber der von einer totalitären politischen Macht auferlegten „Laisierung“ der Gesellschaft und weit entfernt von den komplexen Veränderungen freiheitlich-westlicher Gesellschaften.

Nicht „Italiener“, nicht „Säkularist“ und nicht „Christdemokrat“ – die Kennzeichnung durch solche „Partei“-Begriffe mag respektlos erscheinen. Wer aber die neuere Geschichte Italiens kennt, weiß, wie entscheidend die kirchliche Unterstützung für die Democristiani in der Nachkriegszeit war, damit diese Mehrheitspartei werden konnten. Selbst Paul VI., peinlichst auf die Autonomie der Partei bedacht und eifersüchtig über die der Kirche wachend, kannte alle führenden Exponenten der Partei noch direkt und persönlich. Ganz anders Johannes Paul II. Der einzige Politiker Italiens, der sich mit Recht als Freund des Papstes bezeichnet, ist der greise (sozialistische) Staatspräsident *Sandro Pertini*.

Als Johannes Paul II. gewählt wurde, hatte der italienische Episkopat erst gut zehn Jahre kollegialer Zusammenarbeit hinter sich. Die Statuten der Bischofskonferenz (CEI) waren unmittelbar nach Konzilsende, im Dezember 1965 von Rom approbiert worden; ihre erste Vollversammlung fand im Juni 1966 statt. Bemüht, eine fast 100 Jahre lang versäumte Entwicklung einzuholen, gab Paul VI. dem italienischen Episkopat eine autonome Struktur und die Möglichkeit, sich pastoral eigenständig